

## Zukunftsplan Landwirtschaft - jetzt!

Die Demonstrationen und Diskussionen in den letzten Wochen haben eindrücklich gezeigt, dass der aktuelle Kurs gegen unsere regionale Landwirtschaft in Deutschland nicht fortgeführt werden darf. Der Agrarstandort Deutschland im Herzen Europas braucht zukunftsfähige Rahmenbedingungen. Bundesweit zeigen Betriebe den Willen zur Weiterentwicklung. Deutlich wird dies insbesondere am Standort Brandenburg, der durch einen besonderen Fachkräftemangel, herausfordernde geringe natürliche Bodenfruchtbarkeit und von den erheblichen Auswirkungen des Klimawandels gezeichnet ist.

Nachdem in den letzten Jahren eine Vielzahl an Belastungen durch Politik und Verwaltung, aber auch rasant steigende Betriebsmittel- und Personalkosten durch die Betriebe aufgefangen wurden, sind die geplanten Steuererhöhungen zu viel gewesen. Auch der erste Änderungsvorschlag trägt noch nicht vollends zu einer Entspannung bei. Daher fordern wir auf Bundesebene Lösungen zu folgenden Schwerpunkten:

1. Der reduzierte Mineralölsteuersatz für **Agrardiesel muss** erhalten **bleiben**, soweit und solange keine alternativen Antriebssysteme massentauglich sind.
2. Die **Befreiung** von der **Kraftfahrzeugsteuer** muss für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge **erhalten** bleiben.
3. Über das EU-Recht **hinausgehende nationale Regelungen** sind aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit auszusetzen bzw. deren zukünftige Erarbeitung **ein-zustellen**.
4. Überbordende **Bürokratie** muss **abgebaut** werden.
5. Eine **steuerfreie Risikorücklage** muss eingeführt werden.
6. Das **Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz** muss endlich sachgemäß aus dem europäischen Recht heraus umgesetzt und dementsprechend auch kontrolliert werden.

Die Landwirtschaft in ihrer aktuellen Fassung benötigt einen Plan für die nächsten Jahre. Die in vielen Sitzungen von breit besetzten Kommissionen erarbeiteten Papiere werden nicht umgesetzt bzw. werden erst mit sehr langem Vorlauf angegangen. So viel Zeit haben aber viele Betriebe nicht. Daher braucht es dringend eine Initiative: **Zukunftsplan Landwirtschaft jetzt**.

- 1) Der **Agrardiesel** ist ein elementares Glied in der Kette der einkommenswirksamen Maßnahmen. Solange die Landtechnik im Wesentlichen auf dieselbetriebenen Fahrzeugen basiert, ist eine Steuererhöhung mit Blick auf den europa- und weltweiten Handel unverzeihlich. Auch ist eine kurzfristige Umstellung nicht realisierbar. Die Maßnahmen treffen insbesondere auch Ökobetriebe aufgrund des erhöhten Arbeits- und Kraftstoffaufwands durch mechanische Pflanzenschutzmaßnahmen sowie auch Existenzgründer, die häufig mit älteren, gebrauchten Maschinen arbeiten. Die sofortige Steuererhöhung dient **nicht** der Planbarkeit und zeigt nur deutlich die **Sprunghaftigkeit** der Politik.

- 2) Die **Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer** für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge muss erhalten bleiben. Die Fahrzeuge und Anhänger sind nur zu einem Bruchteil ihrer Laufleistung auf der Straße, sodass ihre Abnutzungswirkung deutlich geringer ist, und daraus folgend auch die Kostenlast offensichtlich bei Null bleiben muss.
- 3) Deutsche Regeln dürfen **nicht strenger** sein **als** die **europäischen Grundlagen** es vorsehen. Überzeugte Europäer halten sich an die gemeinsamen ausgehandelten Ergebnisse und wagen keine nationalen Alleingänge. So kann eine nationale **Pflanzenschutzstrategie** nicht strenger als der dem Pflanzenschutzgesetz zugrunde liegende europäische Rechtsakt sein. **Demokratisch ausgehandelte Ergebnisse** müssen für alle gelten.
- 4) Die immer weiter aufgebaute Bürokratie muss gestoppt und drastisch reduziert werden. So müssen umgehend **Stoffstrombilanz**, doppelte Erfassung in der **HIT- und Antibiotikadatenbank**, **Weidetagebuch** für Gasttiere abgeschafft werden. Weiterhin müssen Datenabfragen für das **Lieferkettengesetz** entschlackt und regelmäßige Kontrollen von **JGS-Anlagen** und **Düngebedarfsermittlung** vereinfacht werden. Die **Vertrauensarbeitszeit** muss erhalten bleiben und nicht durch neue Aufzeichnungspflichten verkompliziert werden.
- 5) Die ostdeutschen Strukturen sind von juristischen Personen geprägt. Eine reine **Gewinnglättung** hätte für die Einkommenssteuer, aber nicht die Körperschaftssteuer Auswirkungen. Effektiv ist für diese die **steuerfreie Risikorücklage**. Durch sie ist es möglich, in guten Ertragsjahren Rücklagen zu bilden, die in schwachen Jahren zum Ausgleich genutzt werden können. Als Ergänzung ist die Gewinnglättung dennoch unerlässlich.
- 6) Die **Lieferbeziehungen** zwischen Verarbeitung und Landwirtschaft sowie Lebensmittelhandel und Landwirtschaft müssen endlich ernsthaft angegangen werden und eine Verschärfung gegen **unlautere Handelspraktiken** implementiert werden. Hier bedarf es tatsächlich effizienten Vor-Ort-Kontrollen, die sinnvoll sind.

Die vorstehenden Punkte sind weder abschließend noch vollumfänglich dargestellt. Es bedarf vielmehr einer weiteren Prüfung aller entsprechenden Regelungen und Strategien, um keine zusätzlichen Belastungen zu schaffen, sondern auch andere externe Einwirkungen wie eine extrem steigende Inflation zu berücksichtigen. Erst dann können Zukunftsthemen, wie z. B. aus der Zukunftskommission Landwirtschaft oder dem Neuen Brandenburger Weg, ernstlich angegangen werden. Solange betriebswirtschaftliche Not besteht, kann eine Weiterentwicklung nicht funktionieren.

Henrik Wendorff  
Präsident

Teltow, 26. Januar 2024